

CSU fordert Ausbildung von Imamen in Deutschland gegen politischen Islamismus

CSU fordert Stopp der Imam-Entsendung aus dem Ausland. Notwendig sind Ausbildungstransparenz und Maßnahmen gegen politischen Islamismus.

München (ots)

Der Politische Islamismus wird in Deutschland zunehmend als ernsthafte Bedrohung wahrgenommen. In einer besorgniserregenden Entwicklung fordern die Mitglieder der CSU-Fraktion nun ein Umdenken in der Migrationspolitik, um gezielt gegen diese Art des Extremismus vorzugehen. Der Vorschlag lautet, dass nur noch Imame tätig sein dürfen, die ihre Ausbildung in Deutschland absolviert haben. Dies soll sicherstellen, dass die Lehre und die Predigten der Imame im Einklang mit den deutschen Werten und Gesetzen stehen.

Aktuell sind etwa 5,3 Millionen Muslime in Deutschland registriert, die sich auf etwa 2.500 Moscheegemeinden verteilen. Ein Großteil der Imame kommt jedoch aus dem Ausland und wird oft auch aus diesen Ländern finanziert. Dies verstärkt die Bedenken, dass ausländische Einflüsse die religiöse Lehre in Deutschland dominieren, was die Integration der Muslime in die deutsche Gesellschaft erschweren könnte.

Forderung nach neuen Standards

Klaus Holetschek, der Fraktionsvorsitzende der CSU, äußerte sich erneut zu der Problematik. Er betonte: „Wir brauchen

endlich eine klare Kehrtwende bei der Migrationspolitik und müssen Islamisten konsequent bekämpfen.“ Die Forderung, nationale Ausbildungsstandards für Imame zu schaffen, ist Teil eines umfassenderen Plans, um die Integrität des deutschen Rechtsstaates zu wahren und dem Verdacht entgegenzuwirken, dass ausländische Einflüsse die Werte der Gesellschaft untergraben.

Holetschek stellte in seiner Kritik fest, dass ohne klare Maßnahmen das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit des Staates verloren gehen könnte. „Wir brauchen Ausbildungstransparenz und Standards, die sich an unseren Werten ausrichten!“ Diese Worte spiegeln das Streben der CSU wider, die Integration von Gesetzen und religiösem Leben in Einklang zu bringen.

Besonders hervorgehoben wurde die Notwendigkeit, alle Anstrengungen darauf zu richten, die akademische und geistliche Ausbildung von Imamen in Deutschland zu fördern. Die klare Botschaft: „Ein Imam, der in Deutschland als solcher arbeiten will, muss bei uns seine Ausbildung absolviert haben.“ Diese Forderung unterstreicht die Absicht, Unabhängigkeit von ausländischen Einflussnahmen zu erreichen.

Kritik an falscher Toleranz

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Experte für Extremismusbekämpfung, Prof. Dr. Winfried Bausback, schloss sich Holetscheks Worten an. Er warnte davor, die Gefahren des Extremismus zu bagatellisieren. „Nach Solingen darf Deutschland nicht einfach zur Tagesordnung übergehen“, sagte er. Der Politische Islam, der den Kern deutscher Werte ablehnt, werde als Nährboden für Terrorismus angesehen, was laut Bausback drastische Maßnahmen erforderlich macht.

Er plädierte für mehr Transparenz bei der Finanzierung von Moscheen, um den Einfluss extremistischer Strömungen zu entschärfen. Viel zu lang wurde der Extremismus in der

öffentlichen Diskussion ignoriert oder als weniger gefährlich eingestuft. Bausback fordert jetzt einen Reformprozess, um den schleichenden Einfluss des Politischen Islam zu stoppen und die Integrität des deutschen Staatswesens zu bewahren.

Die CSU-Fraktion positioniert sich also klar gegen den Politischen Islamismus und fordert mit Nachdruck, dass Änderungen in der Art und Weise, wie Imame in Deutschland ausgebildet werden, sofort in Angriff genommen werden. Die tragende Idee ist, dass religiöse Führungspersonlichkeiten nicht nur die Freiheit zur Religionsausübung garantieren, sondern auch die Werte und Normen der deutschen Gesellschaft respektieren müssen.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de